

# Das Sámi-Parlament in Schweden kann die Ausbeutung Sápmis nicht akzeptieren

**Die folgende Erklärung des Sámi-Parlaments in Schweden wurde am 28. August 2013 in Gállok verlesen. Sie wurde am Tag zuvor in einer Plenarsitzung einstimmig angenommen. Übersetzt von G.K. aus der schwedischen Version, veröffentlicht auf [www.samitinget.se](http://www.samitinget.se)**

Im Zusammenhang mit der anhaltenden Ausbeutung von Sápmi durch Bergbauunternehmen - einschließlich der Probebohrungen in Gállok bei Jåhkâmáhke und der Pläne für eine Mine in Raavrhjohke bei Dearna, die eine offensichtliche Verletzung der Menschenrechte der Sámi sowie ihrer Rechte als indigenes Volk auf Kontrolle ihrer eigenen Kultur, ihres Landes und ihrer Umwelt darstellen - fordert das Sámi-Parlament in Schweden ...

- dass der schwedische Staat alle Schürfungen und Probebohrungen einstellt und keine Bergbaukonzessionen erteilt, bis sichergestellt ist, dass Schweden die internationalen Abkommen über die Rechte indigener Völker respektiert, insbesondere die Prinzipien der "Freien, Vorherigen und Informierten Zustimmung", die alle Entscheidungen, die das Volk der Sámi betreffen, leiten müssen.
- dem samischen Parlament muss die tatsächliche Macht über das samische Land übertragen werden.
- dass die Gesetzgebung so gestaltet wird, dass das Bedürfnis der Sámi nach Zugang zu unverschmutztem Land und Wasser Vorrang vor den Profitinteressen ausländischer Risikokapitalgeber hat.
- die nationalen Interessen werden in einer Weise neu bewertet, die langfristigen Interessen haben Vorrang vor kurzfristigen Profiten einräumt.

- dass eine nachhaltige Umwelt höchste Priorität hat, die es den heutigen und künftigen Generationen ermöglicht, ihre Kultur zu bewahren, ihre körperliche und geistige Gesundheit zu erhalten und ihren traditionellen Lebensunterhalt zu bestreiten.
- dass die Umwelt, die für das Gedeihen der Lebensgrundlagen der Sàmi wie Rentierzucht, Jagd, Fischerei, Duodji, Tourismus und andere notwendig ist, nicht durch kurzfristige Ausbeutung bedroht werden darf und dass das in der Verfassung geschützte Recht auf Rentierhaltung respektiert wird.
- dass die kulturellen und psychosozialen Folgen bei allen politischen Entscheidungen, die Sàpmi betreffen, berücksichtigt werden müssen.

Gemäß der schwedischen Verfassung sind die Sámi ein indigenes Volk mit international anerkannten Rechten. Im Rahmen der Vereinten Nationen arbeiten die Länder zusammen, um sicherzustellen, dass die Rechte der indigenen Völker in einem Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 den Völkern der Welt das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannt wird. Dies wird seither in internationalen Abkommen über die Rechte indigener Völker bekräftigt. Weitere Konventionen wurden hinzugefügt, um die Rechte von Kindern, Frauen, Arbeitnehmern und anderen gefährdeten sozialen Gruppen zu stärken. Die Rechte indigener Völker auf ihr Land und ihre Kultur sowie auf soziale Entwicklung sind in der Konvention 169 der internationalen Arbeitsorganisation von 1989 und in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker von 2007 sowie in der 1992 unterzeichneten Konvention über die biologische Vielfalt und in verschiedenen anderen internationalen Konventionen, Erklärungen und Resolutionen verankert.

Wir finden es bedauerlich, dass die Mineralienstrategie des Staates und die Überprüfung des Mineraliengesetzes dem Versprechen der Regierung widerspricht, die traditionellen Lebensgrundlagen der Arktis zu schützen. Die Mineralienpolitik, die Schweden heute betreibt, steht für eine fortgesetzte Kolonialisierung von Sàpmi und der samischen Bevölkerung.

Das Sámi-Parlament kann die fortgesetzte Erschließung von Sàpmi nicht akzeptieren. Das Sàpmi Parlament wird sich auch weiterhin für substanzielle Formen der Entwicklung einsetzen, die allen Sámi die Möglichkeit geben, in Sàpmi zu arbeiten.